

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stammschrift: Tagesblatt Riesa.
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1533
Strolache Riesa Nr. 52.

Nr. 170.

Dienstag, 24. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juli 2000.— Markt einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 4000.— Markt; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1000.— Markt. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt der „Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Einzelteile: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Amt des Notars Dr. Friedrich Gustav Wendt in Riesa ist infolge Niederlegung beendet.

Bekanntmachung, betr. den Geschäftsbetrieb der Trödler.

Der Geschäftsbetrieb der Trödler war bisher aussch. geregelt durch § 35 letzter Abs. der Gewerbeordnung in Verbindung mit der Verordnung vom 18. Januar 1910 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 29). Durch das Gesetz über den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen (Reichsgesetzblatt Seite 369) sowie über den Verkehr mit unedlen Metallen (Reichsgesetzblatt Seite 386) vom 11. Juni 1923 sind bezügl. der edlen und unedlen Metalle Sonderbestimmungen erlassen worden, die durch die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Wirtschaftsministeriums vom 27. Juni noch zu einzelnen Punkten Erläuterungen erfahren haben.

Alle Händler, welche Trödelgeschäfte im Sinne von § 35 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung betreiben, werden hierdurch aufgefordert, bei ihrer Gemeindebehörde durch Eintrag in die oben angelegten Verzeichnisse sich über die für ihren Geschäftsbetrieb geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu unterrichten. Trödelgeschäfte sind u. a. der Handel mit Kleibern, Schuhwerk, Betten, Bettfedern, Wäsche, Stoffe, Pelzwaren, Büchern, Musikalien, Papieren, Leibschneidern, Raderschneidern, Wertpapieren, Bildern, Spiegeln, Wäbeln, Sand- und Rinderwagen, hauswirtschaftlichen Geräten, Handwerkzeug, multifunktionalen Instrumenten, Fahrradern, Fahrradteilen, Waffen, Münzen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Edelmetallen, soweit diese Gegenstände getragen oder gebraucht werden, sonst in Benutzung gewesen sind, sowie der Handel mit altem Metallgerät und Metallbruch. Großenhain, am 23. Juli 1923. Die Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat zu Großenhain.

Der Anwalt der Armen.

Voltaire's Rede in Wilkes-Catterets Schen, in Anbetracht der inzwischen erfolgten Uebergabe des englischen Entwurfs, sogar dem amtlichen Frankreich so unseinermaßen, daß man auf dem Weg über die Londoner Presse ausdrücklich glaubte verhindern zu müssen: der Denkmalweibchen sei nicht als Antiquar auf den britischen Schrittlag aufzufassen. Damit war diese schon seit einigen Tagen fertige Rede eigentlich als überflüssig zu kennzeichnen, und man könnte sich alle herunterlassenden Worte ersparen, wüßte man nicht, daß der Lakai Voltaire gerade durch die Rückkehr auf eine schon über-schrittene Stufe der Erörterungen zwei Dinge zu erreichen hoffte: Auf die immer noch mögliche Veränderung der britischen Vorkläge zu wirken und erforderlichenfalls auf die Ueberholtheit seiner Ausführungen hinweisen zu können.

Voltaire hat die Fädelzeit, selbst den verbrauchtesten Wiederholungen neue Beleuchtungswirkungen abzugewinnen. Diesmal lernt die erlauchte Welt den französischen Ministerpräsidenten als — Gegner des Kapitalismus kennen. Zwar sagt Voltaire im Hauptpunkt das Oportuniste, wenn auch notgedrungen etwas offener als früher: Deutschland verdient unterzugehen und also erwiese man seinen Untergang. Selbst der Versuch, dem Reiche die Möglichkeit zum Schulden-jahle zu geben, wird mit einem unergieblichen Wort als „unflau“ bezeichnet. Das neue ist aber die Urteilsbegrenzung. Nicht nur, daß Deutschland während des Krieges Dinge getan und gemocht hat, die es nach Voltaire der Schonung unwürdig machen; es droht auch zum Träger eines neuen „politischen“ Systems zu werden, dessen Herrschaft für Europa noch unerträglich sein würde, als die des alten, von Frankreich beehrten Militarismus. Und worin besteht diese neue Gefahr? Deutschland, sagt Voltaire, ist in den Händen einer Anzahl von Industriegroßherren, die sich und ihre Wirtschaftüberlegenheit an die Stelle des machtlosen Staates gesetzt haben. Welche dem Erdteil, wenn diese Herrschaftsform sich verbreitet.

Kun ist der Hochkapitalismus der Nachkriegszeit gewiß ein ernstes Problem. Aber der französische Ministerpräsident als Warner vor der Herrschaft des Geldes ist mindestens eine sonderbare Gestalt. Amerikas kennzeichnet ihn und die Heiligkeit seines Prophetentums. Zunächst, daß er die offen geforderte Bekämpfung der deutschen Wirtschaft mit gewissen Kriegszielen rechtfertigt. Selbst wenn seine Vorwürfe zuträfen und wenn das heutige Deutschland für das frühere verantwortlich wäre, so würde die französische Klage doch nichts, selbst für das eigene Land nichts erreichen, als die Bekämpfung unfruchtbarer Dassen. Wenn aber Voltaire vor der Macht des deutschen Unternehmertums warnt, so vertritt er sich durch eine Schilderung, aus der hervorgeht, daß nicht die besondere organisatorische Form, sondern das Maß der deutschen Arbeitsleistung ihn beunruhigt. Und wer wird zum Kreuzzug gegen das Wesen des Wirtschaftskapitalismus aufgefordert? Frankreich, das Land des unerschöpflichsten und unsozialsten, England, das Land des ältesten und gefestigten Kapitalismus, Italien, das Land der Diktatur.

Frankreich rechnet auf Deutschlands Zusammenbruch.

Poincaré hatte ursprünglich die Absicht, nach seiner Rede in Wilkes-Catterets nach Meims zu fahren. Diese Absicht hat er aber aufgegeben und kehrte gestern nach Paris zurück, um die englische Note zu studieren. Man gewahrt hier immer mehr den Eindruck, daß sich die Antwort Poincaré's hinauszuögern werde. Erst am Mittwoch oder Donnerstag will er in einem diplomatischen Gedanken-austausch mit Belgien eintreten. Au mündliche Auseinandersetzungen ist im Augenblick nicht gedacht. Erst soll ein Einverständnis zwischen Frankreich und Belgien in den Grundzügen hergestellt sein, dann könne die Zusammenkunft mit Japan und Teunis erfolgen. Wahrscheinlich findet eine Besprechung erst Anfang nächster Woche statt. Das englische Kabinett, das erwartet hatte, daß es die Antwort noch vor den Unterhausferien, die am 3. August beginnen, erhalten würde, wird sich in dieser Annahme getäuscht sehen. Die Daily Mail und die Chicago Tribune betonen, daß die Zeit für Frankreich arbeite und sagen, daß man sich darum mit der Antwort nicht so zu beeilen brauche. Der englische Entwurf wäre zu spät eingetroffen. Jeder Tag bringe Deutschland seinem Zusammenbruch näher, und die Daily Mail sagt hinzu, Frankreich wäre verurteilt, wenn es sich weigerte. Nach einer Woche, dann würde sich die Lage im Angebiet vollkommen geändert haben und Deutschland vor den Franzosen auf den Knien liegen.

Amerika und der Antwortentwurf.

Einer Meldung der Morningpost zufolge weigert sich das amerikanische Staatsdepartement, im Hinblick auf das qualvolle Ersuchen, über die englische Note eine Mitteilung

zu machen. Es beschränkt sich darauf, den Empfang der Schriftstücke durch die amerikanische Botschaft in London zu bestätigen. Außerdem hat das Staatsdepartement die wichtigsten Angaben an den Präsidenten, der sich zur Zeit in Alaska aufhält, gefaltet. Der volle Wortlaut wird ihm bei seiner Ankunft in San Francisco zugefaltet werden. Was die künftige Haltung der amerikanischen Regierung anbelangt, könne man sich nur in Vermutungen ergeben. Berichte verschiedener Blätter besagen, daß der englische Vorschlag, betreffend die Einberufung internationaler Sachverständiger, von der amerikanischen Regierung als günstig bezeichnet wird, wenn er hierbei einen von Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag entsprechende.

Zuverlässige Haltung in Brüssel.

Dem „Temps“ zufolge sei man in Brüsseler offiziellen Kreisen große Zuversicht. Allerdings betont man gleichzeitig, daß die Politik der belgisch-französischen Aktion im Ruhrgebiet nicht angetastet werden dürfe. In zwei Punkten lasse die Haltung der belgischen Regierung keinen Zweifel mehr aufkommen: 1. nämlich das Kabinett Teunis, das der passive Widerstand im Ruhrgebiet vor Eintritt in irgendwelche Verhandlungen auf jeden Fall eingestellt wird. Andererseits hält man es für unangenehm, daß die Unterwerfung Deutschlands durch gewisse Zugeständnisse betreffend die Abänderung der Ruhrbesetzung herbeigeführt werden könne. Gewiß sei man in Brüssel das Ziel, sobald wie möglich zu der ursprünglichen Form, d. h. zu der unrichtbaren Ruhrbesetzung zurückzukehren. Man sagt indessen hinzu, es könne keine Rede davon sein, daß man sich in dieser Frage die Hände bindet und eine vorzeitige Verpflichtung eingibt, da Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages durch seinen unberechtigten passiven Widerstand verletzt habe. 2. betundet man eine unüberwindbare Aneignung, einen internationalen Sachverständigenausschuß mit der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu betrauen. In maßgebenden Kreisen dreht man nach wie vor den Standpunkt, daß es bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge geradezu unmöglich sei, sich ein vernünftiges Urteil über die Leistungsfähigkeit des Reiches zu bilden.

Am 26. Juli Ende der Verkehrsperre.

Frankreichs Bereitschaft wird verlaubar, daß am 26. dieses Monats die Verkehrsperre aufgehoben wird. Von diesem Tage an soll auch die Kontrollstelle in Fortfall kommen, dafür aber eine neue Zoll- und Kontrollstelle in Weiskhof eingerichtet werden. Eine solche Maßnahme würde katastrophale Folgen für den Verkehr zwischen Nord- und Süd-Deutschland nach sich ziehen, da Weiskhof bekanntlich an der Strecke München-Schwerte-Altona-Frankfurt-München liegt.

Der Prozeß Ehrhardt.

Am 23. Juli. (Fortsetzung.) Es folgte die Zeugenvernehmung. Zunächst sagt Rechtsanwalt Schielein als Zeuge aus, er sei politisch nicht tätig und könne deshalb über die Seite der Angelegenheit nichts sagen. Weiter befundet der Zeuge, daß die Prinzessin von einer ungläublichen Weltzweidubelt sei.

Unteruchungsrichter Dr. Wes schildert die Vernehmung der Angeklagten. Da die Aussagen für eine dauernde Verbindung der Prinzessin mit Ehrhardt zu stark waren, bestand ich darauf, daß sie ihre Aussagen beschwöre. Sie weigerte sich zunächst auch aus religiösen Gründen. Inzwischen hatte ich von der Polizeidirektion erfragen, daß im Hause der Prinzessin ein Herr v. Schwewe wohne. Da dieser vielleicht über den Verkehr der Prinzessin Aussagen machen konnte, lud ich ihn vor. Er kam in Begleitung der Prinzessin. Diese erklärte, ihre Aussagen besiden zu wollen, aber nicht religiös. Ich wußte, daß der Prinzessin ein derartiger Rat nicht von einem katholischen Geistlichen gegeben worden war, und machte sie darauf aufmerksam, daß ein falscher weltlicher Eid nicht weniger länderhaft sei, als ein falscher religiöser Eid. Die Ausweispapiere des angeklagten Herrn v. Schwewe waren sehr mangelhaft. Deshalb gab ich ihm den Kriminalkommissar Feldwein mit, um andere Ausweispapiere zu beschaffen. Als Schwewe gegangen war, wurde mir die Mitteilung gemacht, der Herr, der eben fortgegangen sei, sei der Konjul Schwamm. Ich wußte aber, daß Konjul Schwamm mit Ehrhardt identisch sei und trat infolgedessen meine Maßnahmen. Der Zeuge schildert nun die Entlassung Ehrhardts. Er habe Ehrhardt darauf hingewiesen, daß er die Pflicht habe, die Prinzessin vor den Folgen eines Meineids zu bewahren. Darauf habe Ehrhardt der Prinzessin entsprechende Vorkläge zukommen lassen. Der Zeuge erklärt, nur durch die Verurteilung auf ihr Standesbewußtsein gelang es, sie zum Widerruf zu bewegen. Ich halte die Prinzessin, die ohne Vater und Mutter aufgewachsen ist, für ein bedauerndes Opfer ihrer Vereinnahmung, die unermüht unter dem Einfluß Ehrhardts, den sie als Felden verehrt, geraten ist. Der Zeuge erklärt weiter, er habe durchaus

mit der Möglichkeit eines Falscheides statt eines Meineides gerechnet.

Gegen 1 Uhr tritt eine dreierlei-kündige Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung fand die Vernehmung des Oberpräsidenten Kosske statt. Dieser gibt ein Bild über die Entstehung und Bildung der Freikorps innerhalb des Reichswehr. Ehrhardt habe es verstanden, mit geradezu suggestiver Kraft seine Leute für seine Gebankengänge zu begeistern, wenn auch seine Methoden dabei nicht nachdenklich gemein wären. Bei der Herabsetzung der Marine-Kreitkräfte habe er (Kosske) Anfang März 1921 die Auflösung der Marinebrigade verfügt. Der Rapp-Busch sei ein Versuch zur Aufrichtung der Diktatur gewesen, und Ehrhardt sollte der Säbel sein. Dem Staatschef, Oberst von Siska, habe Ehrhardt erklärt, er würde zunächst den Befehlen seiner vorgesetzten Generals folgen, nicht aber wenn dieser im Gegensatz zur Reichsregierung stände. Diesen Worten habe Zeuge vertraut.

Von den nächsten Zeugen führt der ehemalige erste Generalstabsoffizier der Brigade Ehrhardt, Hauptmann Pawen, aus, daß Ehrhardt ihm seinerzeit gesagt habe, die Brigade handele nur im Rahmen eines größeren Ganzen. Sein Einfluß auf die Truppen sei außerordentlich gewesen. Der nächste Zeuge, Hauptmann Wolfmann, gibt an, daß er den Eindruck gehabt habe, daß Ehrhardt sich durch Befehlen der anderen Generals nicht Folge leisten konnte. Dies bekämpft ein weiterer Zeuge, General von Odershausen, und sagt hinzu, daß Ehrhardt geglaubt habe, es müsse marschieren, weil auch andere Truppen marschierten. Davon, daß Lüttwisch keine Befehlsgewalt mehr gehabt habe, habe Ehrhardt nichts gewußt und es sei ihm auch nicht davon gesagt worden. Im weiteren Verlauf des Verhörs führte der Zeuge zugunsten Ehrhardts an, daß dieser sich nach einer Unterredung mit dem General v. Seidt wieder der alten Regierung mit seiner Brigade zur Verfügung gestellt habe. Weitere Zeugen, Leutnant von Bock und Generalleutnant von Piffen, betonen, daß sie vergeblich versucht hätten, Ehrhardt von seinem Vorhaben abzubringen, doch habe dieser dem Befehl des Generals von Lüttwisch unbedingt Folge leisten wollen.

Die weitere Zeugenvernehmung ergibt nichts wesentliches mehr. Auf einige Zeugen wird verzichtet. Am 6 Uhr wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Kundgebung gegen Wucher in Frankfurt a. M. Die sozialdemokratische Partei, die kommunistische Partei und des Aka-Bund hatten für Sonntag nachmittag zu einer Kundgebung gegen Wucher und Faschismus aufgerufen. Die Geschäfte der Stadt waren geschlossen. Von den Fabriken joger die Arbeiter in geschlossenem Zuge nach dem Römerberg. Sämtliche Straßen und das Rathaus wurden von der Menge eingenommen. Mehrere Redner hielten Ansprachen an die Menge. An den Kundgebungen beteiligten sich mindestens 100 000 Personen. Zu Aufstellungen in es nur in der Schwandstraße gekommen, wo der dort wohnende Staatsanwalt Dr. Haas von der Menge so schwer mißhandelt wurde, daß er bald darauf starb; seine Wohnung wurde demoliert und ausgeraubt.

700 Milliarden Schaden durch die Breslauer Tumulte. Den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ zufolge stellt ein Versicherungsbeamter in einer im Oberpräsidium abgehaltenen Versammlung von Arbeitgebern fest, daß die Geschäftsinhaber durch die Tumulte einen Schaden von 700 Milliarden erlitten hätten. Amlich wird nunmehr festgestellt, daß am Freitag und in der Nacht zum Sonnabend 100 Geschäfte geplündert wurden; die weitaus größte Zahl von diesen befindet sich in Händen von Christen, sobald die Vermutung verschiedener Zeitungen, daß die Tumulte durch Antisemiten angezettelt worden seien, hinfällig wird.

Die Technische Nothilfe in der Landwirtschaft. Die Gesamtzahl der mit Hilfe der Technischen Nothilfe demittierten Güter in Kurhessen beträgt zur Zeit 21. Die Zahl der eingekleideten Notbelfer 24. Infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch die Landarbeiter selbst konnte die Nothilfe am heutigen Tage von 9 Gütern mit 93 Mann zurückgezogen werden.

Auch Hannover verbietet Umzüge am 29. Juli. Amlich wird mitgeteilt: Am 29. Juli wollen die Kommunisten große Demonstrationen veranstalten. Mit Gegenkundgebungen ist zu rechnen. Zeitungsberichte über gewisse Vorbereitungen, von denen der Oberpräsident Kenntnis erhalten hat, haben diesen veranlaßt, mit Rücksicht auf die gespannte Lage die Regierungspräsidenten anzuweisen, im gesamten Bereich der Provinz Hannover zum Zwecke der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Ordnung die Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, ganz gleich welcher Partei und Organisation, am 29. Juli zu verbieten.

Neue Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die Bergarbeiterverbände haben den Arbeitgebern neue Lohnforderungen